



Stimmungen, Bedürfnisse, Themen und Megathemen

Was ist bei der Kommunalwahl am 14. März 2021 anders als sonst?

Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Die Programme zur Kommunalwahl sind geschrieben. Die Plakate werden in diesen Tagen aufgehängt und die Flyer gehen in die erste Verteilrunde. Wir sind gut vorbereitet auf diese Kommunalwahl, obwohl sie so ganz anders sein wird, als die Wahlen zuvor. Irgendwie habe ich den Eindruck, dass Themen keine so große Rolle spielen – außer dem einen Thema: Corona!

Aber Corona ist eigentlich kein Thema, sondern hat wie ein Brandbeschleuniger auf drei **Grundströmungen in Deutschland und Hessen** gewirkt, die schon da waren:

Unbeständigkeit – der Wandel beschleunigt sich.

Unüberschaubarkeit – alles wird komplexer.

Ungewissheit – was stimmt, was stimmt nicht? Wem kann ich noch glauben?

Diese starken Grundströmungen wurden und werden durch Corona verstärkt. Da hilft auch – vorerst – nicht der Impfstoff, dessen Anwendung gerade erst angelaufen ist. Aber durch Corona haben sich auch die tief sitzenden Gefühle in Bevölkerung verstärkt: Das Vertrauen geht verloren und lässt das Gefühl von **Ungerechtigkeit** entstehen. Und: Wir wissen nicht, was auf uns zukommt und das lässt das Gefühl der **Unsicherheit** wachsen.

Aktuelle Themen sind nicht gleich Bedürfnisse

Nicht immer entsprechen die aktuellen Debatten und Befindlichkeiten dem, was wir in Wahlkämpfen ger-



Kirsten Fründt, Landrätin Marburg Biedenkopf

Foto: Markus Farnung

ne aufgreifen wollen. Doch nichts ist wirkungsloser als eine Kampagne, die an den Stimmungen vorbeigeht und aktuelle Bedürfnisse unberücksichtigt lässt.

Das ist auch eine der zentralen Aussagen von Leif Neugebohrn, der als Kommunikationsberater in Wahlkämpfen auch jenseits von Corona rät, von den Bedürfnissen der Menschen ausgehend Kampagnen zu planen und nicht von der Parteiprogrammatik aus.

Das soll nicht heißen, dass unsere Themen beliebig werden sollen. Ganz im Gegenteil. Wir sollen uns

nur fragen, welches Bedürfnis passt zu unserem Thema und unserer politischen Forderung, die wir dazu formuliert haben.

Früher waren Wahlkämpfe von Agitation geprägt, später von Überzeugung, heute schauen wir auf die Bedürfnisse.

In dieselbe Kerbe schlagen die Autor*innen des Handbuchs für das Wahlkampfwissen, Gwendolin Jungblut und Achim Möller, das der SPD-Bundesverband kürzlich herausgegeben hat. Sie schreiben: „Wenn eine Grundströmung der Unsicherheit bis tief in die Mit-

Inhalt

Wahlkampf trotz Corona?

Für eine sozialere Bodenpolitik

Kultur beginnt in der Kommune

Kommunalpolitik schützen heißt Demokratie schützen!

Kommunalakademie 2021

Wichtige Unterstützung für Kommunalpolitikerinnen

Infos

SGK-Landesdelegiertenkonferenz

**11.09.2021
in Baunatal**

Bei der SGK Hessen erhältlich:
Kleiner Wegweiser für die Fraktionsarbeit
Mail an: info@sgk-hessen.de

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

telschicht reicht, dann verbieten sich floskelhafte Antworten wie „Gerechtigkeit für alle“ oder „Mit Herz und Verstand“. Wahlkämpfe sind heute „aufsuchende Befragungen“. Menschen wollen nicht belehrt werden, sondern ihre Sorgen, Nöte und Ansichten schildern dürfen.“ (Seite 23 Handbuch Das Wahlkampfwissen, Hrsg. SPD-Parteivorstand).

Und das heißt konkret?

Von den Bedürfnissen der Menschen aus zu denken heißt, bei jedem politischen Thema und jeder politischen Forderung zu überprüfen, welches Bedürfnis dahintersteht und wie dieses Bedürfnis durch politisches Handeln befriedigt werden kann. Und wir müssen uns gerade bei diesem Wahlkampf fragen: Gehen wir auf die Gefühle von Ungerechtigkeit und Unsicherheit ein? Zeichnen wir ein Bild von einer positiven Zeit nach Corona und zeigen wir, dass es mit uns gerechter zugeht?

Dazu drei Beispiele:

Ohne Gesundheit ist alles nichts!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wo es „klemmt“. Wir brauchen ein



Die Corona-Krise beschleunigt die Digitalisierung.

Foto: PIR04D Pixabay

verlässliches Gesundheitssystem, auch und gerade in Krisenzeiten. Deshalb ist es wichtig, im Bereich der Intensivmedizin einen Puffer an Kapazitäten zu haben und dazu müssen die Versorgungssysteme gut finanziert sein. Deshalb wollen wir eine Überarbeitung der Bedarfsbemessung und mehr Einfluss der Kommunen auf die Gesundheitsversorgung. Denn nur die Kommunen können ein regional abgestimmtes Konzept entwickeln.

Unser Ziel ist eine gute Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen, dem Wohnort oder dem Alter der Menschen.

Und natürlich muss die Pflege gestärkt werden. Gerade die letzten Monate haben uns gezeigt, wie angespannt die Personalsituation in der Kranken- und Altenpflege ist. Und genau deshalb ist es wichtig, dass die Einrichtungen in kommunaler Hand bleiben, Tarifverträge

eingehalten werden und eine faire Bezahlung garantiert wird.

Und es gibt neue Ideen. Gemeindepfleger*innen könnten Ärzt*innen entlasten. Versorgungsassistent*innen können per Telemedizin Befunde an Praxen übermitteln und weitere Schritte veranlassen. Aber das Grundproblem sind zu wenig Ärzt*innen auf dem Land und in den Quartieren mit schlechtem Sozialindex.

Wir gehen einen neuen Weg

Ein bestehendes Interesse der Zielgruppe an einem Thema ansprechen

Aufmerksamkeit auf die SPD und unsere Ziele lenken



Das Interesse der Zielgruppe an der SPD ansprechen

Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken



Ärzt*innen, die nicht nur Privatpatient*innen nehmen, dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb ist es immer noch richtig, die Bürgerversicherung einzuführen, damit es keinen Unterschied zwischen arm und reich gibt.

Digitalisierung kann man lernen!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, die Scheu vor der Digitalisierung zu verlieren. Digitale Programme gehören zu unserem Alltag, im Privaten wie im Beruflichen. Jetzt hat sich gezeigt, was alles geht und es waren die Kommunen und Landkreise im Vorteil, die vorgeplant und vorgemacht haben.

Wir müssen in den Kommunen Bürger*innen zeigen, welche Vorteile die Digitalisierung hat. Beispielsweise die „digitale Mülltonne“, die nur noch geleert wird, wenn sie auch voll ist. Das spart Ressourcen und den Bürger*innen am Ende sogar Geld.

Bürgerbeteiligung kann digital durchgeführt werden, ebenso wie die Bildungsangebote der Volkshochschulen. Aber dazu muss der Breitbandausbau stimmen und all die, die noch nicht so fit sind, brauchen Unterstützung durch Digitalpat*innen. Digitalisierung heißt auch Bürger*innen besser miteinander zu verknüpfen, Vereinsangebote auf Plattformen zu präsentieren sowie direkt und unkompliziert Kontakt aufnehmen. Das wäre doch was.

Und wir haben in der Krise gelernt, dass sich unsere Arbeitswelt verändert. Kommunen können das unterstützen, indem sie Vorreiter für neue Homeoffice-Modelle werden. Kommunen können Co-Working-Spaces in den Städten, aber auch auf dem Land unterstützen und so dafür sorgen, dass Berufe ortsunabhängig ausgeübt werden können.

Kommunale Sozialpolitik größer denken

Sozialpolitik ist unsere Kernkompetenz und die Krise hat gezeigt, dass die Unterschiede zwischen armen und reichen Menschen noch riesengroß sind. Die große Solidarität unter den Menschen hat uns deutlich ge-



Solidarisch die Krise bewältigen

Foto: Leejoann Pixabay

macht, dass Helfen und Unterstützen Grundeigenschaften von uns sind.

Gerade für Kinder ist das Armutrisiko groß. Deshalb braucht jedes Kind im Kindergarten und in der Schule ein kostenfreies Mittagessen. Wir brauchen frühe Hilfen und Unterstützung für Kinder und deren Eltern. Und einen freien Zugang zu Sport, Bewegung und vor allem auch zu Kunst und Kultur.

Viele Menschen erfahren den Sozialstaat als bürokratisch. Sie füh-

len sich von einer Stelle zur anderen verschoben. Wir wollen Beratungsangebote auf kommunaler Ebene an den konkreten Lebenslagen orientieren und nicht an den Sozialgesetzbüchern. Verwaltungsstellen und Beratungsangebote müssen ortsnah sein – wo es geht –, digital und niedrigschwellig.

Vorbeugen ist besser als bohren, hat der Zahnarzt früher immer gesagt. In der kommunalen Sozialpolitik nennen wir das Prävention. So wollen wir auch diejenigen auffangen,

die unverschuldet in Notlagen geraten sind. Dazu gehört aufsuchende Sozialarbeit und Sozialarbeit in den Stadtteilen.

Helfende Hände sind halt cooler als jede Ellenbogen-Gesellschaft.

Die AfK Hessen

bietet verschiedene Seminare zum Einstieg in's Mandat oder zum Auffrischen: www.afk-hessen.de

Wahlkampf trotz Corona?

Autor SPD-Landesverband

Wahlkampf ist auch während der Pandemie möglich, er findet nur in anderer Form statt. Während es schwerer wird persönliche Kontakte zu knüpfen, gewinnen alte Tugenden umso mehr an Bedeutung: Plakate und Banner aufhängen sowie Flyer verteilen.

Wichtig ist, dass die SPD sichtbar ist. Dazu werden soziale Medien eine wichtige Rolle einnehmen. Viele Gliederungen stellen beispielsweise online ihre Kandidatinnen und Kandidaten oder ihr Programm vor.

Trotz Corona sind persönliche Kontakte aber weiterhin möglich. „Bei allen Aktionen im Wahlkampf gilt: Abstand halten, Maske tragen und sensibel mit dem Thema Corona und der gesundheitlichen Gefahr umgehen“, erklärt Christoph Degen, Generalsekretär der SPD Hessen. „Auch Infostände sind ausdrücklich erlaubt, um ansprechbar zu sein. Nur auf das aktive Zugehen auf Passanten sollte verzichtet werden. Was für die eine Person in Ordnung ist, muss noch lange nicht für die nächste Person gelten!“ Die aktuellen Verordnun-

gen der Landesregierung müssen eingehalten werden, denn Parteien haben eine Vorbildfunktion. Aber selbst Hausbesuche – alleine und mit Abstand – sind trotz aktueller Infektionslage gestattet. Darüber hinaus können persönliche Kontakte durch Gartenzaungespräche oder bei einer Wanderung durch die eigene Region ohne Gesundheitsrisiko durchgeführt werden.

Die SPD Hessen hat Beispiele für einen erfolgreichen Wahlkampf in Zeiten der Pandemie in einer Handreichung veröffentlicht. Diese bekommt ihr gerne auf Anfrage direkt beim Landesverband unter landesverband.hessen@spd.de

Für eine sozialere Bodenpolitik

Bezahlbares Bauland notwendig

Autorin Ulli Nissen, MdB, Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Der größte Hemmschuh für mehr bezahlbare Wohnungen ist nach wie vor der Mangel an bezahlbarem Bauland. Wie sieht also eine soziale Bodenpolitik im 21. Jahrhundert aus? Um Antwort auf diese Frage zu finden, haben wir eine Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ eingesetzt.

Nach neun Monaten intensiver Arbeit hat die Bodenkommission am 2. Juli 2019 Handlungsempfehlungen vorgelegt. Es konnten seither bereits viele Maßnahmen umgesetzt werden. Das Herzstück der Empfehlungen der Baukommission war jedoch die Novellierung des Baurechts. Am 4. November 2020 hat das Bundeskabinett endlich den Entwurf eines Baulandmobilisierungsgesetzes verabschiedet und dem Deutschen Bundestag (BT-Drs. 19/24838) zur weiteren Beratung zugeleitet. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion sind die wichtigsten Punkte:

Der sektorale Bebauungsplan

Nach dem heutigen § 34 des BauGB kann in Ortsteilen, die im Zusammenhang bebaut sind, alles gebaut werden, was sich in die nähere Umgebung einfügt. Bei Investor*innen erfreut sich dieser Paragraf großer Beliebtheit, denn die Einflussmöglichkeiten der Kommunen sind gering. Zudem ist eine beschleunigte Bauplanung möglich. Mit dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz (§ 9 Abs. 2d BauGB) wird die Möglichkeit für Kommunen geschaffen, einen Bebauungsplan zur Wohnraumversorgung in bestimmten Gebieten aufzustellen. Mit diesem Bebauungsplan können Kommunen nun verpflichtend einen Anteil an bezahlbaren Wohnungen festlegen. Kommunen können somit wieder mehr Einfluss darauf nehmen, was und für wen gebaut wird.

Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts

Kommunen müssen Bauland leichter erwerben und für den Bau be-

zahlbarer Wohnungen bereitstellen können. Wenn es der angespannte Wohnungsmarkt erfordert, sollen Kommunen ihr Vorkaufsrecht für Grundstücke leichter ausüben können. Zudem soll in Gebieten mit angespannter Wohnungsmarktlage ein neues besonderes Vorkaufsrecht an brachgefallenen, unbebauten oder geringfügig bebauten Grundstücken eingeführt werden (§§ 24, 25, 28 BauGB).

Baugebot

Das bisherige Baugebot (§ 176 BauGB) wird in der kommunalen Praxis aus verschiedenen Gründen kaum angewandt. Es wird daher vereinfacht und verbessert. Künftig wird das Vorliegen einer angespannten Wohnungsmarktlage als Begründung eines Baugebotes anerkannt. Mit diesem neuen Baugebot können Kommunen

künftig Eigentümer*innen einfacher verpflichten, Wohnungen zu bauen. Bodenspekulationen können so besser verhindert werden. Wenn die Eigentümer*innen nicht bauen wollen, kann die Stadt das Grundstück übernehmen – auch zugunsten einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft oder einer Genossenschaft, die dort bauen will. Es sind Ausnahmen für Familienmitglieder der Grundstückseigentümer*innen vorgesehen. Wenn etwa die Tochter eines Grundstückseigentümers künftig ein Haus auf dem Grundstück bauen möchte, soll das möglich bleiben.

Umwandlungsschutz

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nimmt besonders in den Großstädten zu. In Frankfurt sind innerhalb der letzten fünf Jah-

re 4.000 Wohnungen umgewandelt worden. Das ist ein ganzer Stadtteil. Die Folge ist, dass preiswerte Mietwohnungen verloren gehen und die Mieter*innen aus den Stadtvierteln verdrängt werden. Ein neu eingefügter Paragraf (§ 250 BauGB) soll es den Ländern ermöglichen, Gebiete zu bestimmen, in denen Mietwohnungen nicht einfach in Eigentumswohnungen umgewandelt werden können. Die entsprechende Verordnung soll bis maximal 31. Dezember 2025 gelten. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird dann in diesen Gebieten genehmigungspflichtig und könnten somit auch verhindert werden. Städte können also künftig Mieter*innen besser vor Umwandlung schützen.

Dörfliches Wohngebiet

In der vergangenen Legislaturperiode wurde die Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ neu eingeführt. Um das Nebeneinander von Wohnen und landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblicher Nutzung in Dörfern zu erleichtern, wird nun eine neue Gebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt.

Parlamentarisches Verfahren

Das Baulandmobilisierungsgesetz ist innerhalb der Großen Koalition äußerst umstritten. Insbesondere der Umwandlungsschutz und das Baugebot sind der Union ein Dorn im Auge. Daher verzögert die Union immer wieder das parlamentarische Verfahren. Nun ist die erste Lesung des Baulandmobilisierungsgesetzes im Deutschen Bundestag für den 28. Januar 2021 vorgesehen. Danach starten die parlamentarischen Beratungen. Ich persönlich fände es wichtig, dass wir im parlamentarischen Verfahren eine Verlängerung des Zeitraums für den Umwandlungsschutz erreichen. Außerdem sollte die Befristung mit einer Evaluierung versehen werden, um auf einer fachlichen Grundlage über eine mögliche Verlängerung entscheiden zu können.



Ulli Nissen, Mitglied des Deutschen Bundestags

Foto: Ulli Nissen

Kultur beginnt in der Kommune

Die Bedeutung der kulturellen Identität

Autorin Dr. Ina Hartwig, Kulturdezernentin Frankfurt/M

Kultur gibt jeder Stadt, jeder Kommune ihre eigene Bedeutung. Je weiter die Globalisierung voranschreitet, umso mehr scheint die Eigenart der Städte und Regionen – ihre kulturelle Identität – in den Blickpunkt des Interesses zu rücken. Das kulturelle Angebot, dazu gehört auch ihre historische und neuere Architektur, prägt das individuelle Gesicht der Kommunen in beispiellosem Maße.

In den letzten 25 Jahren hat sich unter dem Einfluss von Globalisierung und Migration die klar definierte bürgerliche Mitte aufgelöst, die Gesellschaft zerfällt in Parallelwelten. Die einen grenzen sich bewusst ab, die anderen werden unfreiwillig ausgegrenzt. Und so ist Teilhabe das zentrale Anliegen der heutigen Demokratie-Entwicklung, neben Offenheit und Transparenz. Mit ihr entscheidet sich, ob wir die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Und Teilhabe beginnt in der Kommune.

Wichtige Diskursräume

Dazu muss es Orte geben, in denen Austausch und Begegnung über alle Differenzen hinweg stattfinden können unabhängig von Herkunft, Religion und Alter. Unsere öffentlichen Räume sind in Zeiten der Digitalisierung zudem durch populistische Meinungsmache und Fake News herausgefordert; wir brauchen das Theater, die Museen, die Kulturinstitute und -vereine als Versammlungsorte in der Stadt und den ländlichen Regionen. Es ist wichtig, Diskursräume zu öffnen, um die ausdifferenzierte Mehrheitsgesellschaft zusammenzuführen und damit den pluralistischen Demokratied Gedanken in der konkreten Begegnung zu stärken. Das ist in einer Zeit des aufkommenden neuen alten Rechtsradikalismus umso dringlicher.

Besonders stolz bin ich, dass Frankfurt nun endlich auch ein eigenes Kinder- und Jugendtheater im Zoogesellschaftshaus bekommt, das ein Magnet für Frankfurt und das Um-



Ina Hartwig ist seit 2019 Vorsitzende des Forums Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen e.V.

Foto: Dr. Ina Hartwig, © Kulturdezernat Frankfurt

land werden wird. In Frankfurt habe ich als Kulturdezernentin bereits 2017 ein erstes Zeichen für kulturelle Teilhabe junger Menschen in der Kommune gesetzt: Seit 2017 ist der Eintritt für Kinder und Jugendliche in die städtischen Museen frei. 2019 habe ich das Angebot mit dem sogenannten Kultur- und Freizeitticket, kurz KUFTI, ausgebaut. Mit dem KUFTI genießen alle Frankfurter Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie diejenigen, die hier eine Schule oder Kita besuchen, zusätzlich freien Eintritt in die nicht-städtischen Museen und den Zoo. Hierfür setzt die Stadt rund 1,45 Millionen Euro ein. Damit ist Frankfurt die erste Kommune mit einem solchen Angebot.

Museen sind heute mehr denn je öffentliche Räume und zugleich Labore, in denen im Dialog mit der Gegenwart immer wieder Alternati-

ven zu bestehenden Konventionen erprobt werden. Besonders in Frankfurt, der Hauptstadt der kulturellen Diversität, sind sie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig. Ihre Kernaufgaben – Sammeln, Forschen, Bewahren, Ausstellen und Vermitteln – werden derzeit neu interpretiert und stellen die Häuser vor enorme Herausforderungen. Dies gilt gleichermaßen für die Museen außerhalb Frankfurts. Entsprechende Investitionen sind notwendig, wenn wir als Gesellschaft weiterhin von der hervorragenden, international anerkannten Arbeit unserer städtischen Museen profitieren und ihnen eine zeitgemäße Weiterentwicklung ermöglichen wollen.

Frankfurt ist eine pulsierende internationale Stadt, das spiegelt sich auch in ihrer vielfältigen Kulturszene wider. Das kulturelle Rückgrat Frankfurts, die Leuchttürme wie Museen,

Schauspiel- und Opernhaus, sind über die Jahre eine Symbiose mit der Freien Szene eingegangen und bilden einen starken kulturellen Zusammenhalt. Diese Vernetzung von kleinen und großen Institutionen kommt nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern zugute, stärkt den Zusammenhalt und die Identität. Sie trägt die Attraktivität Frankfurts weit über die Stadtgrenzen hinaus und sorgt für eine internationale und zugleich unverwechselbare durchaus bodenständige Strahlkraft.

Große Häuser und Freie Szene

Die Kommunalpolitik Frankfurts hat daher nicht nur den Stellenwert der großen Häuser im Blick. Sie weiß auch um die enorme Bedeutung der Freien Szene. Im vergangenen Jahr wurden für die freie Kulturszene insgesamt 36,3 Millionen zur Verfügung gestellt, 7,5 Millionen mehr als noch im Jahr 2016 zuvor. Dieses Geld kommt Projekten zugute, die auf einem hohen künstlerischen Niveau, oft ehrenamtlich und mit viel Engagement, wertvolle Arbeit leisten. Insgesamt stärkt die Stadt damit bestehende Strukturen und Ensembles aus den Bereichen Literatur, Film, Musik, Theater und Bildende Kunst. Indem die Kulturpolitik die Rahmenbedingungen für die Freie Szene schafft, trägt sie maßgeblich zur Identität der Kommunen bei, sowohl nach innen als auch nach außen.

Das kulturelle Profil von Kommunen ist alles andere als statisch. Wir haben die Verpflichtung, uns gerade in Zeiten einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen, wie wir sie derzeit erfahren, nicht auf die Bewahrung eines Status quo unserer Kulturgüter zurückzuziehen, sondern müssen den neuesten Anforderungen gerecht werden und der Dynamik unserer Zeit mit aktuellen Konzepten begegnen. Vergleicht man die Besucherzahlen von Städten, gehen genau diejenigen als Gewinner aus dem Wettbewerb hervor, die bereit sind, auf Kunst und Kultur zu setzen.

Kommunalpolitik schützen heißt Demokratie schützen!

Autorin Nancy Faeser, MdL, Landesvorsitzende der SPD Hessen, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Eine Umfrage des Hessischen Rundfunks hat zu Tage gefördert, wie sehr Kommunalpolitiker*innen, aber auch Verwaltungsmitarbeiter*innen in den Kommunen mittlerweile von Beleidigungen bis hin zu körperlicher Gewalt bedroht sind. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor einer Gefahr für die lokale Demokratie und fordert Achtung und Respekt gegenüber den Kommunalpolitiker*innen.

Bei der im Jahr 2019 durchgeführten Online-Umfrage unter allen der damals 423 hessischen Gemeinden und 21 Landkreisen wollte der Sender u. a. wissen, ob und auf welche Weise Kommunalpolitiker*innen und schon einmal beleidigt oder bedroht worden sind. Rund 73 Prozent, 322 Bürgermeister und Landräte, sind dem Aufruf gefolgt und haben sich an der Umfrage beteiligt. Dabei gaben zwei Drittel aller Kommunen an, dass ihre Amts- und Mandatsträger und Bediensteten schon mal beleidigt oder bedroht wurden. Mehr als 200 Gemeinden und Landkreise meldeten Probleme mit Anfeindungen in den vergangenen 12 Monaten. Von den Bürgermeistern und Landräten selbst wurde mehr als die Hälfte beleidigt (54 Prozent), jeder Zehnte wurde bedroht (10 Prozent). Mehr als jeder fünfte Bürgermeister oder Landrat (22 Prozent), der bedroht oder beleidigt wurde, hat mit dem Gedanken gespielt, sein Amt aufzugeben. Einige Betroffene beklagen das derzeitige Sicherheitssystem. Jeder Dritte fühlt sich von den Sicherheitsbehörden nicht ausreichend gegen Angriffe geschützt (29 Prozent). 80 Prozent sind der Meinung, der Respekt von Bürger*innen gegenüber Politiker*innen habe abgenommen. Das ist einer der Gründe, warum viele fordern, dass der Gesetzgeber stärker gegen Hass und Hetze vorgehen soll. 84 Prozent aller Befragten verlangen striktere Gesetze.

Für uns als SPD Hessen, aber auch für mich persönlich als Stadtverord-



Nancy Faeser, SPD Landesvorsitzende Hessen

Foto: Thomas Imo/photothek.net

nete und Kreistagsabgeordnete, hat die Umfrage des Hessischen Rundfunks dokumentiert, was wir bereits vermutet haben. Wir als SPD haben sie zum Anlass genommen, eine Anhörung zu dieser Thematik im Hessischen Landtag zu beantragen. Unser Anliegen stieß auf Gehör bei den anderen Fraktionen und so fand im Spätsommer letzten Jahres eine umfangreiche Anhörung statt, bei der Kommunalpolitiker*innen, aber auch Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften und andere Institutionen zu Wort kamen und ihre Erfahrungen schilderten.

Aus meiner persönlichen Sicht hat die Anhörung ein erschreckendes Bild davon gezeichnet, in welchem Maße die Verrohung unserer Gesellschaft vorangeschritten ist. Ganz offensichtlich haben immer mehr Menschen immer weniger Hemmungen, andere zu beleidigen, zu bedrohen oder gar mit körperlicher Gewalt anzugreifen. Ob Kommunalpolitiker*innen oder Polizei, Rettungsdienste, Gewerkschaften oder ehrenamtlich engagierte Bürger*innen – alle haben davon berichtet, dass die verbalen und körperlichen Übergriffe sich

mehren. Besonders bewegend war der Beitrag Betroffener – wie der des ehemaligen Landrats des Main-Kinzig Kreises, Erich Pipa, der zur Zeit der Flüchtlingskrise wegen seines Engagements Morddrohungen erhielt und als „Kanakenlandrat“ geschmäht wurde.

Angriffe auf diese Personengruppen sind immer auch Angriffe auf die Demokratie. Hier wird das Symptom einer gesellschaftlichen Verwahrlosung sichtbar, die zum Verlust des Gemeinsinns, zu radikalem Egoismus und letztlich zum Auseinanderfallen unserer Gesellschaft führen. Beschleunigt und verstärkt wird das bedrohliche Gegeneinander von den Filterblasen in den sozialen Medien, die zu „Radikalisierungsmaschinen“ geworden sind.

Hass, Hetze und Verschwörungstheorien dominieren inzwischen weite Bereiche der sozialen Medien. Und natürlich bildet sich die Radikalisierung im Internet mit einer gewissen Verzögerung im wirklichen Leben ab. Aus wirren Gedanken werden Worte. Aus Worten werden Taten. Dieser Mechanismus be-

droht aus meiner Sicht wesentliche zivilisatorische Errungenschaften wie Toleranz, Mitmenschlichkeit oder Respekt vor dem anderen.

Ich persönlich habe aus der Anhörung, aber auch aus meinen persönlichen Erfahrungen als Kommunalpolitikerin und aus Gesprächen mit Kommunalpolitiker*innen erste Schwerpunkte für meine weitere politische Arbeit ausgemacht.

Ausbau politischer Bildung/ Demokratieverziehung

Wichtig ist ein frühzeitiger Fokus auf den Bereich politische Bildung und Demokratieverziehung. Demokratieprozesse sind Alltagsprozesse, sie lassen sich am besten durch frühzeitiges, eigenes Erleben lernen. Demokratieverziehung ist bereits im Kitabereich zu stärken. Auch im Schulbereich muss das Erlernen von demokratischen Prozessen, beispielsweise durch die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung und -mitbestimmung, stärker verankert und Schulsozialarbeit ausgebaut werden.

Personeller Ausbau in den Sicherheitsbehörden/ wirksame und konsequente Strafverfolgung

Für mich ist deutlich geworden, dass Strafanzeigen nach Bedrohungssituationen immer seltener gestellt werden, da man ohnehin mit einer Nichtverfolgung oder zeitnahen Einstellung der Verfahren rechnet. Die Betroffenen fühlen sich zudem nicht ausreichend geschützt. Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für die von Gewalt Betroffenen ist daher eine Verfolgung der Taten. Die fehlende wirksame Strafverfolgung ist eine Form von Kapitulation, die nicht akzeptiert werden darf. Polizei und Justiz sind in einer Weise auszustatten, die neben einem besseren Schutz der Betroffenen auch eine ordentliche und umfassende Strafverfolgung ermöglicht. Dies gilt auch für die Strafverfolgung

in sozialen Netzwerken. Zudem spielt das Anzeigeverhalten von Vorgesetzten eine wichtige Rolle. Hier muss konsequent angezeigt werden.

Weitere wissenschaftliche Erhebungen/Evaluation zu Ursachen und Wirkungen von Bedrohungen bzw. Bedrohungssituationen

Es fehlt an empirischem Wissen. Zwar gibt es einige Studien, aber die sind entweder noch nicht ausreichend valide oder zu allgemein gefasst. In einigen Fragen muss auf qualitativer Ebene noch tiefer eingestiegen werden. Zum Beispiel kennt man selten die Anlässe, wegen denen es zu Bedrohungen kommt. Auch dynamisierende Effekte und Wechselwirkungen sind nicht er-

forscht. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Systematische Erhebung bisheriger Maßnahmen und bessere Koordination

Seit 2015 gibt es das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. In der Anhörung wurde jedoch deutlich, dass den verschiedenen Maßnahmen und Handlungsfeldern der rote Faden fehlt. Insofern scheint es sinnvoll, alle Maßnahmen und Handlungsfelder aufzuschlüsseln und auf den Prüfstand zu stellen, um im Anschluss zu schauen, wo es Lücken gibt (systematische Erhebung auch der fehlenden Maßnahmen). Zudem geht es um eine Verstärkung der Arbeit und um eine dauerhafte Finanzierung.

Landesdemokratie fördergesetz prüfen

Das auf Bundesebene diskutierte Bundesdemokratiefördergesetz kann nicht alle landesspezifischen Probleme lösen. Die Beratungsaktivitäten, die über die Landesdemokratiezentren organisiert werden, erfolgen in Länderverantwortung. Insofern sollte man auch in Hessen prüfen, inwieweit ein eigenes Landesdemokratiefördergesetz in Betracht kommt, um eine Verstärkung der Mittel in den wichtigsten Handlungsfeldern sicherzustellen.

Dies soll nur ein erster Ansatz sein. Bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden oder werden können, muss klar sein, dass sie immer nur ein kleiner Baustein sein können. Wir alle sind gefragt, unsere Gemeinwesen

auf der einen Seite mitzugestalten und auf der anderen Seite zu verteidigen. Denn die Verrohung von Teilen der Gesellschaft bedroht das friedliche Miteinander und letztlich die Demokratie in unserem Land. Dem müssen wir schnell und konsequent entgegensteuern.

Terminhinweis

Am **18.09.2021** findet ein Workshop der Akademie für Kommunalpolitik Hessen „Argumentations-training gegen rechte Parolen“ mit Prof. Hufer (Uni Duisburg) in Mittelhessen statt.

Infos Tel. **0611-360-8117-6**
www.afk-hessen.de

Kommunalakademie 2021

Der frühe Vogel fängt den Wurm – Bewerbung für die Kommunalakademie jetzt!

Mit der Kommunalakademie bietet die Akademie für Kommunalpolitik jungen Menschen, die in die Kommunalpolitik einsteigen wollen, wichtige Grundlagen. Die Module schließen sowohl fachliche Informationen als auch Elemente ein, die der persönlichen Entwicklung dienen.

Daneben ergibt sich durch die intensive Zusammenarbeit in einer überschaubaren Gruppe die Gelegenheit, sich zu verbinden und notwendige Netzwerke zu bilden. Zudem lädt die AfK Hessen regelmäßig Kamingäste ein, die sich den Fragen der Nachwuchspolitiker*innen stellen.

Die Gesprächspartner*innen kommen aus allen unterschiedlichen politischen Ebenen und sind immer gerne bereit, ihre Erfahrungen zu teilen.

Bewerbungen sind ab sofort möglich und sollten umfassen:
Ein Motivationsschreiben und Lebenslauf. Bitte senden per Mail:

susanne.menkel@afk-akademie.de
oder AfK Hessen e.V. Marktstraße 10
65183 Wiesbaden

Informationen: Tel. 0611-360-117-6
Angebote der AfK Hessen e.V.,
Marktstr. 65183 Wiesbaden
www.afk-hessen.de
info@afk-akademie.de

Zum Einstieg in das neue Mandat 2021:

- 04.03.2021**
18.30 – 20.30 Uhr online
Ein Crashkurs zum 1x1 der Kommunalpolitik
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 18.03.2021**
19.30 – 21.30 Uhr online
Konstituierende Sitzung: Eine wichtige Vorbereitung für die erste Sitzung
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 25.03.2021**
19.30 – 21.30 Uhr online
Tipps und Tools für die Fraktionsarbeit
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 27.03.2021**
10 – 17 Uhr Frankfurt
Überzeugende Reden schreiben
Teilnahmebeitrag 50,- €
- 15.04.2021**
18 – 21 Uhr online
Neu im Parlament: Wichtig zu wissen!
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 21.04.2021**
19.30 – 21.30 Uhr online
Tipps und Tools für die Fraktionsarbeit
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 22.04.2021**
19.30 – 21.30 Uhr online
Konstituierende Sitzung: Eine wichtige

- Vorbereitung für die erste Sitzung
Teilnahmebeitrag 10,- €
- 24.04.2021**
10 – 15 Uhr Gießen/Online (hybrid)
Ortsbeirätekonferenz
Rechte und Pflichten von Ortsbeiräten; Gute Beispiele aus den hessischen Ortsbeiräten kostenfrei
- 26.04. – 30.04.2021**
Bildungsurlaub Darmstadt
Meine digitale Kommune (u. a. Wir bauen einen Roboter, erstellen Chatbots und erhalten einen vertieften Einblick in die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz)
200,- € (ohne Übernachtung)
- 27.04.2021**
18 – 21 Uhr Gießen
Neu im Parlament: Wichtig zu wissen!
Teilnahmebeitrag 25,- €
- 03.05. – 07.05.2021**
Bildungsurlaub Höchst/Odenwald
Zum Einstieg in die Kommunalpolitik
330,- € (mit Übernachtung im EZ);
230,- € (ohne Übernachtung)
- 11.05.2021**
19 – 21 Uhr Online
Sitzungsleitung – ergebnisorientiert, effizient und wertschätzend
Teilnahmebeitrag 10,- €

KOMMUNALAKADEMIE 2021

Der Oscar unter den Qualifikationen für Kommunalpolitiker*innen in Hessen!

UNSER ANGEBOT

für ein hochwertiges Qualifizierungsprogramm für Nachwuchskräfte in der Kommunalpolitik!
eine Plattform zum Austausch!
die Stärkung deiner inhaltlichen, konzeptionellen und personellen Basis für ein kommunales Mandat!
die Bildung eines kommunalpolitischen Netzwerkes mit anderen jungen Menschen!

Modul 1:
HGO, Persönliches Politisches Projekt
03.09. – 05.09.2021 in Gladenbach

Modul 2:
Doppik
25.09. – 26.09.2021 in Gladenbach

Modul 3:
Rhetorik
23.10. – 24.10.2021 in Herborn

Modul 4:
Strategische Steuerung
19.11. – 21.11.2021 in Herborn

Teilnahmebeitrag: 400 € für alle vier Module im Paket (verbindliche Teilnahme an allen vier Modulen)
Auf Anfrage auch Förderung möglich!

Bewerbungen an:
Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.
Marktstr. 10
65183 Wiesbaden
info@afk-akademie.de
Informationen unter:
0611-360-117-6

Wichtige Unterstützung für Kommunalpolitikerinnen

Das Frauen-Mentoring-Programm trotz den widrigen Umständen der Pandemie

Autor SPD-Landesverband Hessen

Das Mentorinnen-Programm wird von den Landesvorstandsmitgliedern Kristen Fründt, Landrätin des Kreises Marburg Biedenkopf, Lisa Gnadl, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion, und Katrin Hechler, Kreisbeigeordnete des Hochtaunuskreises geleitet.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres ist das Frauen-Mentoring-Programm der hessischen SPD in eine neue Runde gestartet. Das Programm, das bereits in den letzten Jahren große Erfolge verzeichnen konnte, hat sich zum Ziel gesetzt, engagierte Frauen bei ihrer Parteiarbeit und bei der Übernahme von politischer Verantwortung zu fördern. Im Frühjahr 2020 konnten im Zuge des Auswahlverfahrens der aktuellen Runde des Mentoring-Programms elf engagierte Frauen in das Programm aufgenommen werden.

Leider ist auch der Ablauf des Frauen-Mentoring-Programms von Beginn an durch die Covid-19-Pandemie beeinträchtigt. „Mehrere der geplanten Treffen mussten deshalb aufgeschoben werden. Dennoch konnten inzwischen einige Veranstaltungen stattfinden. Wir haben den widrigen Umständen getrotzt und einen regen Austausch unter den Mentorinnen und Mentees ermöglicht“, so Kirsten Fründt. Das erste Treffen aller Teilnehmerinnen fand im letzten Sommer in Marburg statt. Bei einem gemeinsamen Mittagessen lernten sich alle Teilnehmerinnen kennen und knüpften erste Kontakte. Es wurden Wünsche für das Mentoring genannt und über bereits vorhandene Erfahrungen in der Kommunalpolitik berichtet. Im Herbst konnte schließlich in Bad Hersfeld das längerfristig geplante Wochenendseminar zum Thema Rhetorik stattfinden. Dabei wurden von Referentin Birgit Hahn viele praktische Übungen und Tipps weitergegeben, mit dem Fokus auf



Mentorinnen-Netzwerk trifft sich unter Corona-Bedingungen

Quelle: SPD Landesverband

die besonderen Herausforderungen, denen sich vor allem Frauen in der Erarbeitung und Präsentation von Redebeiträgen gegenübersehen. Den Corona-bedingten Vorsichtsmaßnahmen entsprechend konnte das Wochenende nur in einem sehr kleinen Kreis und unter strenger Einhaltung aller Hygienevorschriften stattfinden. Dennoch war der persönliche Austausch möglich und sehr wichtig, um die Teilnehmerinnen und deren Bedürfnisse noch besser kennenlernen zu können.

Zusätzlich zu den persönlichen Treffen fanden inzwischen bereits mehrere digitale Zusammenkünfte statt. Im Rahmen eines Seminars stellte Michael Siebel die Bildungsmöglichkeiten und Angebote, die vonseiten der Partei, der Politischen Bildungsgemeinschaft Hessen, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik und der Akademie für Kommunalpolitik Hessen zur Verfügung stehen, vor. „Diese regelmäßigen Online-Konferenzen sind eine wichtige Möglichkeit des Austausches in der Gruppe.

Daneben tauschen sich aber auch alle Mentee-Mentorinnen-Paare regelmäßig zu zweit aus. Das klappt digital ganz gut, auch wenn wir uns alle natürlich wünschen, uns bald wieder persönlich treffen zu können“, fasst Lisa Gnadl die Erfahrungen mit dem „Mentoring auf Distanz“ zusammen. Aufgrund des Kommunalwahlkampfes sind viele Mentees und Mentorinnen aktuell zeitlich stärker in den eigenen Ortsvereinen und Unterbezirken eingebunden. „Da wir unsere Schulungen immer zielgerichtet und auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen abstimmen, wird unsere nächste Veranstaltung erst im Frühjahr im Anschluss an die Kommunalwahl stattfinden. Wir planen ein Online-Seminar zum Bereich Zeitmanagement“, so Katrin Hechler. Im Sommer könne hoffentlich wieder ein gemeinsames Tagesseminar in Präsenz stattfinden. Bei allen gemeinsamen Treffen habe durchweg eine energiegeladene und positive Stimmung geherrscht und der gemeinsame Austausch bereite allen Teilnehmerinnen große Freude.

Im Rahmen des Frauen-Mentoring-Programms habe sich bislang gezeigt, dass sich viele Frauen stärkere Unterstützung für ihre politische Arbeit wünschten. Die Mentorinnen seien daher eine wichtige Unterstützung und könnten ihre langjährigen Erfahrungen direkt weitergeben.

Das gemeinsame Ziel ist es, das positive Arbeitsklima trotz der derzeitigen Einschränkungen bis zum Programmende zu erhalten und die Motivation der Teilnehmerinnen weiter zu stärken, sodass sich diese auch zukünftig gerne in der hessischen SPD engagieren.

Terminhinweis

Rhetorik für Frauen,
Intensivkurs der AfK Hessen
am
29. bis 30. Mai 2021 in Herborn

Infos Tel. 0611-360-117-6
www.afk-hessen.de